



Vorwärts mit Corona-Dashboard

Christoph M. Schmidt

Politische Entscheidungen auf Indikatorensystem zu Gesundheit, Wirtschaft und sozialen Aspekten basieren¹

RWI Position #77, 8. Mai 2020

ZUSAMMENFASSUNG

Das Krisenmanagement in der aktuellen zweiten Phase der Pandemie muss neben dem Gesundheitsschutz auch die Entwicklungen im wirtschaftlichen und sozialen Bereich in den Blick nehmen. Dafür sollten die Krisenstäbe in Bund und Ländern ein regelmäßig aktualisiertes und kompaktes „Dashboard“ einführen und pflegen. Die vorliegende RWI Position benennt konkrete Indikatoren für die drei Bereiche Gesundheit, Wirtschaft und Soziales. Die Indikatoren müssen hochfrequent und präzise erfasst werden und äußerst zeitnah zur Verfügung stehen. Experten aus verschiedenen Fachrichtungen sollten basierend auf der Entwicklung der Indikatoren die letztlich politisch zu verantwortende Abwägung mit ihrem Rat unterstützen.

AUTOR



Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt

Präsident des RWI, Professor für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie an der Ruhr-Universität Bochum, Präsidiumsmitglied der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften (acatech)

Kontakt: praesident@rwi-essen.de

¹ Ich bedanke mich bei Boris Augurzky und Torsten Schmidt für hilfreiche Kommentare.

SUMMARY

In the current second phase of the pandemic, political crisis management must not only focus on health protection but also take into account the developments in the economic and social spheres. To this end, the crisis management teams at federal and state level should introduce and maintain a regularly updated and compact „dashboard“. This “RWI position” identifies concrete indicators for the three areas of health, economy and social affairs. The indicators must be recorded with high frequency and precision and must be available in a timely manner. Based on the development of the indicators, experts from various disciplines should provide their advice on how to weight the indicators which is ultimately a political decision.

IMPRESSUM

Herausgeber

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Hohenzollernstr. 1-3
45128 Essen
Fon: +49 (0) 2 01-8149-0

Büro Berlin

Invalidenstr. 112
10115 Berlin

ISBN 978-3-86788-977-3

Alle Rechte vorbehalten. Essen 2020

www.rwi-essen.de/positionen

Schriftleitung

Prof. Dr. Dr. h. c. Christoph M. Schmidt

Redaktion und Ansprechpartner

Katja Fels (verantwortlich)
Fon: +49 (0) 2 01-8949-217
katja.fels@rwi-essen.de

Leonard Goebel
leonard.goebel@rwi-essen.de

Lektorat

Sabine Weiler

Layout und Gestaltung

Daniela Schwindt & Sarah Rühl

1. EINLEITUNG: KRISENMANAGEMENT IN DER ZWEITEN PHASE DER PANDEMIE

Die laufende Berichterstattung über die Entwicklung der Corona-Krise und die daraus erwachsende Diskussion der politischen Handlungsoptionen hat sich bislang stark auf einige wenige epidemiologische Kennzahlen konzentriert. Doch zum einen ist das Infektionsgeschehen zu vielschichtig, um es in einen einzelnen Indikator zu verdichten. Zum anderen haben die Krise und die zur Gefahrenabwehr eingesetzten politischen Maßnahmen erhebliche Auswirkungen auf nahezu alle Lebensbereiche.

Daher ist eine ganzheitliche Berichterstattung erforderlich; es reicht bei weitem nicht aus, den Blick allein auf die Entwicklung des Infektionsgeschehens zu richten. Denn nicht einmal Senkungen der Anzahl der Neuinfektionen wären uneingeschränkt positiv zu bewerten, wenn aufgrund der Eindämmungsmaßnahme in anderen Lebensbereichen großes menschliches Leid entstünde. Um nicht weniger geht es, da mittlerweile ganze Existenzen und Lebensentwürfe bedroht sind.

Es muss das Ziel der anstehenden politischen Abwägungen sein, sorgfältigen Gesundheitsschutz und die vorsichtige Öffnung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens miteinander zu verbinden. Dabei kann ein allgemeiner Lockdown zwar den Erfahrungen der vergangenen Wochen zufolge die Gesundheit wirksam schützen, aber gleichzeitig lähmt er unweigerlich das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben in einer Art und Weise, die nicht über längere Zeit durchzuhalten ist, da er erkennbar große Kollateralschäden anrichtet.

Wie viel Öffnung möglich ist, ohne den Gesundheitsschutz zu gefährden, ist wiederum äußerst unsicher, denn auf Erfahrungen aus der Vergangenheit lässt sich dabei so gut wie nicht zurückgreifen: Die aktuelle Situation eines – aus guten Gründen – in der ersten Phase der Pandemie staatlich verordneten „Winterschlafs“ von Wirtschaft und Gesellschaft und die Frage nach dem Aufbruch in eine neue „verantwortungsvolle Normalität“ mit Abstands- und Hygieneregeln sowie der fortgesetzten Unterbindung von Großveranstaltungen sind in vielerlei Hinsicht Neuland.

Aus dieser unvermeidlichen Unsicherheit erwachsen zum einen Anforderungen für die Steuerung der schrittweisen Öffnung, deren fortlaufende Begleitung und gegebenenfalls Korrektur: Dieser Prozess der Öffnung muss von vornherein als lernender Prozess angelegt sein, der so rasch wie möglich Belege sammelt – etwa zum tatsächlichen Abstandsverhalten auf Schulhöfen – und diese nutzt, um die staatlichen Vorgaben nachzusteuern. Zum anderen wird es für die breite gesellschaftliche Akzeptanz dieses schwierigen Wegs der schrittweisen Öffnung entscheidend darauf ankommen, dass die dabei getroffenen Abwägungen nachvollziehbar sind.

Die Politik wäre daher gut beraten, die Entwicklung der Corona-Krise fortlaufend mithilfe eines breiteren Spektrums einander ergänzender und zeitnah verfügbarer Indikatoren – einem „Dashboard“ – einzuordnen. Auf dieser Basis könnte sie beim Krisenmanagement der aktuellen zweiten Phase der Pandemie, in der das Brechen der Infektionsdynamik nicht mehr allein handlungsleitend sein kann, umfassender informierte Abwägungen treffen. Sie könnte dieses Indikatorenbündel – und punktuell ergänzende tiefer reichende Belege – zudem nutzen, um regelmäßig ihre Abwägungen gegenüber der Öffentlichkeit nachvollziehbar zu begründen.

Dabei wäre die Bereitstellung der Kennzahlen lediglich der Ausgangspunkt. Der Rat von Experten aus unterschiedlichen Disziplinen wird benötigt, um die im Dashboard erfassten vielschichtigen Entwicklungen zu begutachten. Ziel dieses Diskurses ist es, den letztlich verantwortlichen politischen Entscheidungsträgern die möglichen Vor- und Nachteile aktueller Handlungsoptionen aufzuzeigen. Dabei rückt die herausfordernde Frage in den Vordergrund, welche empirischen Befunde eine kausale Interpretation stützen und damit politisches Handeln leiten können – und welche nicht. Qualifizierte Einordnungen der Kennzahlen aus unterschiedlichen fachlichen Perspektiven liefern dabei eine entpolitierte Entscheidungshilfe.

2. EINRICHTUNG EINES CORONA-DASHBOARDS

Die Einsicht, dass der Facettenreichtum des Lebens nur durch einen reichhaltigen Satz von Kennzahlen über verschiedene Lebensbereiche hinweg annähernd erfasst werden kann, bildet in modernen Gesellschaften die Grundlage für die Einrichtung eines umfassenden statistischen Berichtswesens. Inspiration kann das konkrete Design eines solchen Indikatorenbündels aus den Bemühungen der vergangenen Jahre um die Einrichtung einer ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung „jenseits des BIP“ schöpfen, die ökonomische, soziale und ökologische Aspekte der Nachhaltigkeit gemeinsam in den Blick nehmen.²

Einschlägige Ansätze der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung zielen nicht zuletzt darauf ab, den Diskurs ein Stück weit aus der Hand weniger Experten zu nehmen und damit der Politik und dem Bürger näherzubringen. Sie haben daher keineswegs nur eine einzelne zusammenfassende Kennzahl im Blick, auch nicht innerhalb der einzelnen Nachhaltigkeitsdimensionen, sondern beruhen auf der Festlegung eines möglichst ausgewogenen und inhaltlich begründeten Indikatorenbündels. Sie müssen als Bündel betrachtet werden, eine weitere Verdichtung durch Gewichtungsschemata würde durch die dabei implizit getroffenen Werturteile völlig dominiert und sollte daher auf keinen Fall in Angriff genommen werden.³

² Siehe stellvertretend für die Debatte Deutscher Bundestag Enquete-Kommission (2013) und Schmidt, Christoph M. (2018).

³ Unterschiede zwischen den einzelnen Ansätzen betreffen die gewählten Schwerpunkte der Berichterstattung, die zu ihrer Umsetzung eingerichteten Verfahren und Institutionen sowie die Verbindlichkeit ihrer Einbindung in den politischen Prozess.

Am Anfang steht die Frage, was dieses Indikatorenbündel leisten soll. Im vorliegenden Fall soll es sowohl eine praktikable Grundlage für fortlaufende politische Abwägungen bilden als auch ein breites gesellschaftliches Verständnis über die Komplexität der Herausforderungen und für die unter Zeitdruck und unter großer Unsicherheit getroffenen Abwägungen der Politik ermöglichen. Es gilt daher, die richtige Balance zwischen Komplexität einerseits und Handhabbarkeit sowie Kommunizierbarkeit andererseits zu finden.

Diese Anforderungen erzwingen eine hohe Disziplin bei der Festlegung der Indikatoren. Denn letztlich wird nur ein überschaubares Indikatorenbündel den Zweck erfüllen – zum Leidwesen amtlicher Statistiker liest nie jemand das Statistische Jahrbuch.

Ein Krisen-Dashboard, bei dem sich Indikatoren nicht im Zeitablauf verändern, wäre ebenso nutzlos wie eines, das Wochen hinter den Entwicklungen hinterherhinkt

Kern der Berichterstattung müssen somit Indikatoren sein, die – auf der übergeordneten regionalen Ebene – die drei zentralen Krisendimensionen in den Blick nehmen: die (i) gesundheitsbezogene, (ii) wirtschaftliche und (iii) soziale Dimension. Innerhalb der Dimensionen sollte die Anzahl der Indikatoren ebenfalls überschaubar bleiben.

Darüber hinaus müssen die Indikatoren elementare praktische Voraussetzungen erfüllen: Sie müssen in hoher Frequenz – wöchentlich bis monatlich – und mit hoher Präzision erfasst werden und äußerst zeitnah zur Verfügung stehen. Ein Krisen-Dashboard, bei dem sich Indikatoren nicht im Zeitablauf verändern, wäre ebenso nutzlos wie eines, das Wochen hinter den Entwicklungen hinterherhinkt. Viele Indikatoren, die für eine umfassende Betrachtung der genannten Dimensionen prinzipiell wünschenswert sein mögen, fallen somit von vornherein als Kandidaten aus.

In dieser zweiten Krisenphase, in der eine völlige Öffnung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens aller Voraussicht nach in absehbarer Zeit nicht verwirklicht werden kann, ohne den Gesundheitsschutz infrage zu stellen, sind nicht länger übergreifende Steuerungsansätze gefragt, wie etwa ein allgemeiner Lockdown. Vielmehr muss ein Vorgehen verwirklicht werden, das auf die regionalen Gegebenheiten differenziert eingeht und das Ausmaß der Lockerungen oder – falls nötig – neuen beschränkenden Eingriffe darauf differenziert zuschneidet.

Im Sinne der politischen Steuerung der schrittweisen Öffnung müssen daher die Indikatoren in allen drei Dimensionen weiter differenziert werden. So sollte als Hintergrundinformation vielfach nach Altersgruppen unterschieden werden – beispielsweise bei den Neuinfektionen und den Sterbefällen, aber etwa auch bei der Beschäftigungslosigkeit oder den Verletzungen des Persönlichkeitsschutzes (s.u.). Vor allem sollte das Indikatorenbündel zusätzlich zur

übergeordneten Bundesebene auch auf Landes- und noch kleinräumigeren Regions-Ebene aufbereitet werden, um eine regional differenzierte Steuerung zu erlauben, die unterschiedliche regionale Entwicklungslinien berücksichtigt.

Für die regelmäßige Kommunikation muss die regional übergeordnete Ebene dominant bleiben. Gleichzeitig sollte die Politik nach einem Weg suchen, wie die für die politische Steuerung relevante regionale Differenzierung auch bei der Kommunikation in kompakter Form berücksichtigt werden kann. Als Inspiration kann dabei wiederum die Entwicklung der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung dienen: Die vom Deutschen Bundestag im Herbst 2010 eingesetzte Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ hatte bei der Entwicklung ihres Indikatorenbündels „W3“ die Abwägung zwischen Relevanz und Kommunizierbarkeit stärker in den Blick genommen als vorangegangene Ansätze und kann hier als Vorbild dienen.

Die Öffnung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erfordert zwingend, dass die Infektionen nicht erneut exponentiell wachsen

Um das Indikatorenbündel dem gesellschaftlichen Diskurs zugänglicher zu gestalten, wurden die „Leitindikatoren“ im Sinne eines Armaturenbretts durch „Warnlampen“ ergänzt, die im Normalfall lediglich im Hintergrund mitgeführt werden und nur dann aufscheinen, wenn ihre Entwicklung besondere Aufmerksamkeit erfordert. In Analogie dazu könnten beim aktuellen Krisen-Dashboard immer dann „Warnlampen“ aufscheinen, wenn sich in mindestens einer Region eine kritische Entwicklung andeutet, die eine tiefergehende Betrachtung erforderlich macht.

3. ENTWICKLUNG KONKRETER INDIKATOREN

Im Folgenden werden für die drei Bereiche Gesundheit, Wirtschaft und Soziales konkrete Indikatoren entwickelt.

3.1 Gesundheitsbezogene Aspekte: Infektionsgeschehen und Versorgung

Nach wie vor sollten die gesundheitsbezogenen Aspekte der Corona-Krise im Mittelpunkt des Krisenhandelns stehen.⁴ Denn die Öffnung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens erfordert zwingend, dass das Infektionsgeschehen nicht erneut wieder in ein exponentielles Wachstum übergeht.

Um Leitplanken für diese Abwägung zu setzen, sind drei gesundheitsbezogene Aspekte anzusprechen:

⁴ Siehe als Hintergrund: Augurzky und Schmidt (2020).

a) Infektionsgeschehen

In der Anfangsphase der Corona-Krise stand die Verdopplungsrate im Mittelpunkt, mittlerweile ist der übergreifende Reproduktionsfaktor in den Mittelpunkt der Abwehrstrategie gerückt. Solange dieser Faktor unter dem Wert 1 liegt, geht die Anzahl der Neuinfektionen tendenziell zurück.⁵ Zur Einordnung der Entwicklungen am aktuellen Rand sind zudem weitere Indikatoren erforderlich:

- Infektionsdynamik: Reproduktionsfaktor R
- Neuinfektionen: Anzahl der Neuinfektionen (und der bereits Infizierten)
- Quarantänefälle: Anzahl der Menschen in Quarantäne
- Sterbefälle: Anzahl der an COVID-19 Verstorbenen (und der bereits Geheilten)

b) Versorgungskapazitäten

Die anfänglich hohe Ausbreitungsdynamik drohte die Kapazitäten der Gesundheitsversorgung rasch auszureizen. Die Infrastruktur der Krankenhäuser wurde aber mittlerweile gestärkt. Differenzierte Prognosen zur Entwicklung der schweren Erkrankungsfälle sollten daher mit dem erwarteten zeitlichen Verlauf der Auslastung der vorhandenen Intensivkapazitäten verglichen werden:

- Intensivkapazitäten: Anzahl der Intensivbetten (und Beatmungsplätze; ECMO)
- Freie Intensivkapazitäten: Anzahl freier Intensivbetten (und s.o.)
- Auslastung intensiv: Anteil der COVID-Patienten auf Intensivstationen (und s.o.)
- Auslastung normal: Anteil belegter an allen Betten (und mit COVID-Patienten)

c) Kontrollmaßnahmen

Schließlich wird die Möglichkeit, das Infektionsgeschehen einzudämmen, neben den vorhandenen Personalressourcen, die für die Nachverfolgung von Infektionsketten eingesetzt werden können, entscheidend durch die vorhandenen Testkapazitäten und die Intensität ihres Einsatzes bestimmt:

- Testkapazitäten: maximal mögliche Tests (und Anzahl gemeldeter Labore)
- Durchgeführte Tests: Anzahl Tests

⁵ Für Erläuterungen der statistischen Hintergründe siehe die vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung herausgegebene „Unstatistik des Monats“ vom 25. März 2020 und vom 30. April 2020.

3.2 Wirtschaftliche Aspekte: Güterversorgung und Existenzen

Bei der Betrachtung der ökonomischen Dimension der Krise werden eine Reihe grundlegender Aspekte angesprochen, die – im Gegensatz zum Infektionsgeschehen – nicht im Wochenrhythmus erkennbar variieren, z.B.: Wie ist es um die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen wie Nahrungsmitteln und Energie bestellt? Wie stark sind einzelne Wirtschaftszweige in ihren Aktivitäten eingeschränkt und wie lange können die Unternehmen dies durchstehen? Welche Handlungsspielräume bestehen demnach, um auf kritische Entwicklungen reagieren zu können? Und wie stabil und widerstandsfähig sind die öffentlichen Haushalte auf den verschiedenen föderalen Ebenen sowie die Finanz- und Vermögenmärkte? Kurzfristig spürbar wird die aktuelle Krise jedoch bei mindestens drei Handlungsfeldern:

a) Arbeitsmarkt

Mit der im Zuge der aktuellen Krise unausweichlich gewordenen Rezession gehen erhebliche Probleme auf dem Arbeitsmarkt einher. Indikatoren dafür sind:

- Arbeitslosigkeit: Anzahl neu gemeldeter Arbeitsloser (und Arbeitslosenquote)
- Kurzarbeit: Anzahl der Neuanträge (und Anzahl der Arbeitnehmer in Kurzarbeit)
- Existenzen: Anzahl der neu angemeldeten Insolvenzen (im Vorjahresvergleich)

b) Unternehmen

Die Unternehmen werden in ihren Aktivitäten stark eingeschränkt, die einzelnen Wirtschaftszweige aber in sehr unterschiedlichem Maße. Einzelnen Wirtschaftszweigen ist die Tätigkeit aus Infektionsschutzgründen untersagt, andere leiden unter einem Rückgang der Nachfrage oder einer Unterbrechung von Lieferketten.

- Geschäftslage (insgesamt und Wirtschaftsbereiche)
- Geschäftserwartungen (insgesamt und Wirtschaftsbereiche)
- Beschäftigungspläne

c) Stabilisierung

Die öffentlichen Haushalte werden durch die Krise stark belastet. Der Umfang der Maßnahmen gibt einen Eindruck von zukünftigen Handlungsspielräumen:

- Volumen gewährter Soforthilfen
- Kreditvergabevolumen der öffentlichen Förderbanken zur Liquiditätssicherung in der Krise
- Volumen der gestundeten Steuern

3.3 Soziale Aspekte: Bildung und Persönlichkeitsschutz

Die Diskussion der sozialen Dimension der Krise spricht im Wesentlichen ebenfalls drei Bereiche an, die sich zu einem großen Teil dem rein marktwirtschaftlichen Geschehen entziehen. Sie dürften allerdings auch nur schwer in der erforderlichen Form, also hochfrequent, präzise und zeitnah, zur Verfügung stehen.

a) Einstellungen

Sollte es gelingen, hochfrequent und zeitnah ein empirisches Bild der Veränderungen der Zuversicht und der Maßnahmenakzeptanz in der Bevölkerung zu zeichnen, wäre dies höchst informativ. Die Politik könnte hier auf erfahrene Institutionen wie das Allensbach-Institut und das Sozio-Ökonomische Panel (SOEP) zugehen.

b) Bildung

Zugang zu Bildungsinhalten ist ein zweiter besonders wichtiger Bereich, denn in modernen Volkswirtschaften gelingen gesellschaftliche Integration und wirtschaftlicher Aufstieg nur durch Bildung.

- Frühkindliche Bildung: Anteil nicht verwirklichter Betreuungsstunden
- Grundschulen: Anteil ausfallender Stunden Regelunterricht
- Weiterführende Schulen: Anteil ausfallender Stunden Regelunterricht

c) Persönlichkeitsschutz

Der fortwährende Lockdown stellt eine große Herausforderung für etablierte Maßnahmen zum Schutz der Persönlichkeit dar. Sie manifestiert sich nicht zuletzt in steigenden Fällen psychischer und physischer Gewalt:

- Vorfälle häuslicher Gewalt, Aufsuchen von Frauenhäusern

4. FAZIT

In der aktuellen zweiten Phase der Corona-Pandemie muss die Politik einen ganzheitlichen Blick auf die Bereiche Gesundheit, Wirtschaft und Soziales einnehmen, um die Auswirkungen verschiedener Maßnahmen abzuwägen. Die vorliegende RWI Position entwickelt ein Indikatorensystem, welches Orientierung für künftige politische Entscheidungen liefern und als nachvollziehbare Basis für die Kommunikation mit der Öffentlichkeit dienen könnte. Die Indikatoren müssten hochfrequent und präzise erfasst werden und äußerst zeitnah zur Verfügung stehen.

Ein solches System sollte sowohl übergeordnet auf Bundesebene als auch auf Ebene der Länder sowie auf kleinräumiger regionaler Ebenen eingeführt und gepflegt werden. Zuständig für die Pflege könnten die Corona-Krisenstäbe bei Bund und Ländern sein. Auf diesem Wege würde eine evidenzbasierte Grundlage für politisches Handeln geschaffen in einer Situation, in der ansonsten keinerlei Erfahrungswerte zur Verfügung stehen.

5. LITERATUR

Augurzky, Boris und Schmidt, Christoph M. (2020), „Corona-Krisenmanagement im Gesundheitswesen“, RWI Positionen 76; online: http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/publikationen/rwi-positionen/pos_076_corona-krisenmanagement_im_gesundheitswesen.pdf

Deutscher Bundestag Enquete-Kommission (2013), „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“. Schlussbericht. Bundestags-Drucksache 17/13300. Berlin.

RWI (Hrsg.), „Unstatistik des Monats“, 25. März 2020: „Corona-Pandemie: Statistische Konzepte und ihre Grenzen“; online: http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/presse/downloads/200325_unstatistik_maerz.pdf

RWI (Hrsg.), „Unstatistik des Monats“, 30. April 2020: „Corona-Pandemie: Die Reproduktionszahl und ihre Tücken“; online: http://www.rwi-essen.de/media/content/pages/presse/downloads/200430_unstatistik_april.pdf

Schmidt, Christoph M. (2018), Politikbegleitendes statistisches Monitoring zu Entwicklungslinien der ganzheitlichen Wohlfahrtsberichterstattung in Deutschland: Eine Dekonstruktion aus Sicht der Ökonomik, Nova Acta Leopoldina NF Nr. 417, 103-126.

11 | 11

RWI Position #77 8. Mai 2020

ZULETZT ERSCHIENENE RWI POSITIONEN

- #76 Corona-Krisenmanagement im Gesundheitswesen
- #75 Evidenz zur Wirkung ausgewählter Klimaschutzmaßnahmen
- #74 Weniger Staus, Staub und Gestank per sozial ausgewogener Städte-Maut
- #73 Strukturanpassungen im Krankenhausbereich: Notwendige Veränderungen bei der Fusionskontrolle
- #72 Eckpunkte einer CO2-Preisreform
- #71 Re-Vitalisierung des Ruhrgebiets durch regionale Kooperation „von unten“
- #70 Der Markt für Recyclingkunststoffe im Umbruch

www.rwi-essen.de/positionen

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Das RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung ist ein führendes Zentrum für wissenschaftliche Forschung und evidenzbasierte Politikberatung in Deutschland. Das Institut ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Es wurde 1926 gegründet und arbeitet seit 1943 in rechtlicher Selbständigkeit. Das RWI stützt seine Arbeiten auf neueste theoretische Konzepte und moderne empirische Methoden. Ökonomische Zusammenhänge werden auf allen Ebenen – vom Individuum bis zur Weltwirtschaft – in vier Kompetenzbereichen erforscht: „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“, „Gesundheit“, „Umwelt und Ressourcen“ sowie „Wachstum, Konjunktur, Öffentliche Finanzen“. Das „Forschungsdatenzentrum Ruhr am RWI“ (FDZ Ruhr) versorgt die Wissenschaftler mit aktuellsten Zahlen. Das RWI veröffentlicht Forschungsergebnisse und Beiträge zur Politikberatung in verschiedenen Publikationsreihen. Weitere Informationen im Internet unter: www.rwi-essen.de